

\_\_\_\_\_  
(Name)

\_\_\_\_\_  
(Straße Nr.)

\_\_\_\_\_  
(PLZ, Ort)

\_\_\_\_\_  
(Telefon/ E-mail Adresse)

An die Marktgemeinde Paudorf  
Kremserstraße 185  
3508 Paudorf

## BAUANZEIGE

Unter Hinweis auf die beiliegenden Unterlagen ersuche(n) ich (wir) um Kenntnisnahme meiner (unserer) Bauanzeige gemäß §15 Abs. 1 Z \_\_\_\_\_ NÖ BO 2014 für

das Vorhaben: \_\_\_\_\_

auf dem (den) Grundstück(en) Nr. \_\_\_\_\_, KG \_\_\_\_\_, EZ \_\_\_\_\_

- Das gegenständliche Grundstück ist mein\*) - unser\*) Eigentum
- Das gegenständliche Grundstück ist nicht mein\*) - unser\*) alleiniges Eigentum. Die Zustimmung des\*) - der\*) Grundstückseigentümer(s) liegt bei.
- Es werden keine subjektiv-öffentlichen Rechten nach §6 Abs.2 und 3 NÖ BO 2014 beeinträchtigt \*)
- Die nachweisliche Zustimmung jener Nachbarn, die durch dieses Bauvorhaben in ihren subjektiv-öffentlichen Rechten beeinträchtigt werden könnten liegt bei \*)

Eine zur Beurteilung des Vorhabens ausreichende, **maßstäbliche Darstellung** und **Beschreibung des Vorhabens** in zweifacher Ausfertigung liegt bei.

Die Bestimmungen gemäß NÖ BO 2014 insbesondere des § 15 Anzeigepflichtige Vorhaben sind erfüllt.

Die Übermittlung der Unterlagen ist sowohl in analoger Form (Originale) und in digitaler Form an [bauamt@paudorf.at](mailto:bauamt@paudorf.at) erforderlich.

Es ist mir (uns\*) bekannt, dass mit der Ausführung des angezeigten Vorhabens erst 6 Wochen nach Erstattung dieser Bauanzeige begonnen werden darf, sofern die Baubehörde nicht:

- die Vorlage weiterer Unterlagen fordert
- die notwendige Einholung eines Gutachtens mitteilt
- oder die Ausführung des Vorhabens bescheidmässig untersagt.

\_\_\_\_\_  
(Datum)

\_\_\_\_\_  
Unterschrift(en) Antragsteller/in

\*) Nicht zutreffendes streichen

# NÖ Bauordnung 2014

## § 15 Anzeigepflichtige Vorhaben

(1) Folgende **Vorhaben** sind der Baubehörde **schriftlich anzuzeigen**:

### 1. Vorhaben ohne bauliche Maßnahmen:

- die Änderung des Verwendungszwecks von Bauwerken oder deren Teilen oder die Erhöhung der Anzahl von Wohnungen ohne bewilligungsbedürftige bauliche Abänderung, wenn hiedurch, -*Festlegungen im Flächenwidmungsplan*, -*Bestimmungen des NÖ Raumordnungsgesetzes 2014, LGBl. Nr. 3/2015 in der geltenden Fassung*, -*der Stellplatzbedarf für Kraftfahrzeuge oder für Fahrräder*, -*der Spielplatzbedarf*, -*die Festigkeit und Standsicherheit*, -*der Brandschutz*, -*die Belichtung*, -*die Trockenheit*, -*der Schallschutz oder der Wärmeschutz* betroffen werden könnten;
- a) Einfriedungen, die keine baulichen Anlagen sind und gegen öffentliche Verkehrsflächen gerichtet werden, innerhalb eines Abstandes von 7 m von der vorderen Grundstücksgrenze;
  - b) die Abänderung oder ersatzlose Auflassung von Pflichtstellplätzen (§ 63 und § 65);
  - c) die Ableitung oder Versickerung von Niederschlagswässern ohne bauliche Anlagen in Ortsbereichen;
  - d) die regelmäßige Verwendung eines Grundstückes oder -teils im Bauland als Stellplatz für Fahrzeuge oder Anhänger;
  - e) die Verwendung eines Grundstückes als Lagerplatz für Material aller Art, ausgenommen Abfälle gemäß Anhang 1 des NÖ Abfallwirtschaftsgesetzes 1992, LGBl. 8240, über einen Zeitraum von mehr als 2 Monaten;
  - f) die nachträgliche Konditionierung oder die Änderung der Konditionierung von Räumen in bestehenden Gebäuden ohne bewilligungsbedürftige bauliche Abänderung (z. B. Beheizung bisher unbeheizter oder nur geringfügig temperierter Räume);
  - g)

### 2. Vorhaben mit geringfügigen baulichen Maßnahmen:

- a) die Aufstellung von begehbaren Folientunnels für gärtnerische Zwecke;
- b) die temporäre Aufstellung von nicht ortsfesten Tierunterständen mit einer überbauten Fläche von insgesamt nicht mehr als 50 m<sup>2</sup> auf demselben Grundstück;
- c) die Herstellung und Veränderung von Grundstücksein- und -ausfahrten im Bauland;
- d) die nachträgliche Herstellung einer Wärmedämmung bei Gebäuden

### 3. Vorhaben in Schutzzonen und Altortgebieten (30 Abs. 2 Z 1 des NÖ ROG 2014, [LGBl. Nr. 3/2015](#) in der geltenden Fassung):

- a) der Abbruch von Gebäuden in Schutzzonen, soweit sie nicht unter § 14 Z 8 fallen;
- b) jeweils im Hinblick auf den Schutz des Ortsbildes (§ 56)
  - die Aufstellung von thermischen Solaranlagen und von Photovoltaikanlagen oder deren Anbringung an Bauwerken sowie die Anbringung von TV-Satellitenantennen und von Klimaanlage an von öffentlichen Verkehrsflächen einsehbaren Fassaden und Dächern von Gebäuden;
  - die Aufstellung von Pergolen straßenseitig und im seitlichen Bauwich;
- c) die Änderung im Bereich der Fassadengestaltung (z. B. der Austausch von Fenstern, die Farbgebung, Maßnahmen für Werbezwecke) oder der Gestaltung der Dächer.

(2) Werden Maßnahmen nach Abs. 1 mit einem Vorhaben nach § 14 Z 1 und 3 bei der Baubehörde eingereicht, sind sie in diesem Baubewilligungsverfahren mitzubehandeln und in den Bewilligungsbescheid aufzunehmen. Dadurch wird eine Parteistellung der Nachbarn nicht begründet.

(3) Der Anzeige sind zumindest eine zur Beurteilung des Vorhabens ausreichende, **maßstäbliche Darstellung und Beschreibung des Vorhabens** in zweifacher Ausfertigung anzuschließen.

Ist in den Fällen des Abs. 1 Z 1 lit. g oder Z 2 lit. d die Vorlage eines **Energieausweises** erforderlich (§§ 43 Abs. 3 und 44), dann ist der Anzeige der Energieausweis in zweifacher Ausfertigung anzuschließen; die Baubehörde kann von dessen **Überprüfung absehen**, wenn nicht im Verfahren Zweifel an der Richtigkeit des Energieausweises auftreten.

Ist in den Fällen des Abs. 1 Z 1 lit. g oder Z 2 lit. d die Vorlage eines **Nachweises** über den möglichen **Einsatz hocheffizienter alternativer Energiesysteme** erforderlich (§§ 43 Abs. 3 und 44), dann ist der Anzeige ein solcher in zweifacher Ausfertigung anzuschließen.

Wird eine Einfriedung (Abs. 1 Z 1 lit. b) errichtet, ist der Anzeige

- die **Zustimmung des Grundeigentümers**, die Zustimmung der **Mehrheit nach Anteilen** bei Miteigentum oder die **vollstreckbare Verpflichtung** des Grundeigentümers zur Duldung des Vorhabens und
  - zusätzlich, wenn Straßengrund abzutreten ist (§ 12), ein von einem Vermessungsbefugten (§ 1 des Liegenschaftsteilungsgesetzes, [BGBl. Nr. 3/1930](#) in der Fassung [BGBl. I Nr. 190/2013](#)) verfasster **Teilungsplan**
- anzuschließen.

(4) Die Baubehörde erster Instanz hat eine Anzeige binnen **6 Wochen** zu prüfen, wobei diese Frist erst beginnt, wenn der Baubehörde alle für die Beurteilung des Vorhabens **ausreichenden Unterlagen** vorliegen.

(5) Ist zur Beurteilung des Vorhabens die **Einholung eines Gutachtens** notwendig, dann muss die Baubehörde dies dem Anzeigeleger nach dem Vorliegen der vollständigen Unterlagen rechtzeitig vor dem Ablauf der Frist nach Abs. 4 nachweislich **mitteilen**. In diesem Fall hat die Baubehörde eine Anzeige binnen **3 Monaten** ab der Mitteilung des Gutachtenbedarfs zu prüfen. Für die Mitteilung gilt Abs. 6 letzter Satz sinngemäß.